



SGA/04/2015

Abschrift!

Protokoll

**über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren
am Donnerstag, dem 05.11.2015, 16:00 Uhr,
im Großen Sitzungszimmer des Kreishauses A,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau KTA Barbara König-Meyer, 31609 Balge
Herr KTA Heinz-Friedel Bomhoff, 31618 Liebenau
Herr KTA Bernd Brieber, 31608 Marklohe
Herr KTA Heinrich Gerling, 31603 Diepenau
Herr KTA Fritz-Karsten Hüneke, 31628 Landesbergen
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr KTA Friedrich Leseberg, 31634 Steimbke
Frau KTA Birgit Menzel, 31582 Nienburg
Herr KTA Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald
Herr KTA Hans-Hermann Steinmann, 31592 Stolzenau

als Vorsitzende

Mitglied mit beratender Stimme

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Klein, Dezernat II
Herr Ltd. Med.-Dir. Dr. Torsten Vogel, FB 41
Herr KOAR Karsten Buchholz, FB 31
Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
Frau KAR Andrea Braunack, FB 31

als Protokollführerin

Die Vorsitzende KTA König-Meyer eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Anschließend stellt die Vorsitzende die nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 29.09.2015
- TOP 2: Mittelanmeldung für den Haushalt 2016 im Fachbereich Soziales
2015/254
- TOP 3: Mittelanmeldung für den Haushalt 2016 im Fachbereich Gesundheitsdienste
2015/255
- TOP 4: Mittelanmeldung für das Haushaltsjahr 2016 der Gleichstellungsaufträgen
2015/257
- TOP 5: Bericht über die Situation der Flüchtlinge im Landkreis Nienburg/Weser
2015/258
- TOP 6: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 6.1: Mitteilungen/Anfragen;
hier: Kosten der Unterkunft/Schlüssiges Konzept
- TOP 7: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende	Protokollführerin	Der Landrat In Vertretung
gez. König-Meyer	gez. Braunack	gez. Klein
Kreistagsabgeordnete	Kreisamtsrätin	Erster Kreisrat



Protokoll zu TOP 1

05.11.2015

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 29.09.2015

Beschluss:

Das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 29.09.2015 wird genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 5 Enthaltungen

Beratungsgang:

Frau Braunack teilt eine Korrektur zum Protokoll aus der öffentlichen Sitzung vom 29.09.2015 mit: An der Sitzung hat seitens der Verwaltung auch Herr Dr. Vogel, FB 41, teilgenommen. Frau Petra Bauer hat an der Sitzung nicht teilgenommen.



Protokoll zu TOP 2

2015/254

05.11.2015

Mittelanmeldung für den Haushalt 2016 im Fachbereich Soziales

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Mittelanmeldung des Fachbereiches Soziales für das Jahr 2016 wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Herr Buchholz erläutert die Beschlussvorlage anhand einer Übersicht, die er an die Anwesenden verteilt.



Protokoll zu TOP 3

2015/255

05.11.2015

Mittelanmeldung für den Haushalt 2016 im Fachbereich Gesundheitsdienste

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Mittelanmeldung des Fachbereiches Gesundheitsdienste für das Jahr 2016 wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 4

2015/257

05.11.2015

Mittelanmeldung für das Haushaltsjahr 2016 der Gleichstellungsbeauftragten

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Mittelanmeldung der Gleichstellungsbeauftragten wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 5

2015/258

05.11.2015

Bericht über die Situation der Flüchtlinge im Landkreis Nienburg/Weser

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgang:

Herr Buchholz verteilt Schaubilder mit statistischen- und arbeitsmarktrelevanten Strukturdaten und erläutert diese. Er weist darauf hin, dass erstmals mehr Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, als aus dem Westbalkan im Bestand der dem Landkreis zugewiesenen Flüchtlinge seien.

Herr Klein erklärt, dass der Landkreis per Amtshilfeersuchen des Landes verpflichtet worden sei, Flüchtlinge im Wege der Erstaufnahme unterzubringen. Dies sei eigentlich Aufgabe des Landes. Diese Flüchtlinge seien zunächst in der Kreisberufsschulhalle untergebracht worden. Diese Woche sei die Unterkunft in die Clausewitz-Kaserne Langendamm verlegt worden.

Bisher seien 500 Flüchtlinge aufgenommen worden, am 06.11. würden weitere 100 Personen erwartet und am 08.11. nochmals 50.

In der ersten Zeit seien die Flüchtlinge größtenteils nicht lange geblieben. Dennoch sei die Versorgung sehr arbeitsintensiv. Zurzeit sei die Fluktuation nicht mehr so hoch, möglicherweise aufgrund der besseren Unterbringung in der Kaserne.

Derzeit seien dort rund 120 Flüchtlinge im Bestand.

Herr Klein betont, dass den Helfern (DRK, THW, DLRG, Feuerwehr u. a.) Dank gebühre.

Herr Sommerfeld bedankt sich bei der Kreisverwaltung, die es ermöglicht habe, dass die Kreisberufsschulhalle wieder frei sei. Er erkundigt sich, wie viele Plätze in der Kaserne zur Verfügung stünden und ob diese ausreichend seien.

Herr Klein antwortet, dass 200 Plätze vorhanden seien. Da die Flüchtlinge tendenziell länger blieben, müsse man abwarten, ob die Plätze reichten.

Herr Klein macht noch einmal deutlich, dass es zurzeit diverse Unterbringungsarten von Flüchtlingen im Landkreis gebe:

- Dem Landkreis zugewiesene registrierte Flüchtlinge
- Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes im Offizierskasino in Langendamm, zum Teil bereits registriert
- Flüchtlinge im Rahmen der Amtshilfe in der Clausewitz-Kaserne.



Protokoll zu TOP 6.1

05.11.2015

Mitteilungen/Anfragen; hier: Kosten der Unterkunft/Schlüssiges Konzept

Beratungsgang:

Herr Klein bezieht sich auf den offenen Brief eines Mitbürgers in der Presse zum Thema Flüchtlinge. Darin sei auch behauptet worden, der Landkreis handle bezüglich des schlüssigen Konzepts zur Herleitung von angemessenen Kosten der Unterkunft rechtswidrig. Aus Sicht des Landkreises sei dies nicht richtig. Man habe ein Unternehmen mit der Erstellung des Konzepts beauftragt. Es gebe lediglich 2 Beschlüsse im Eilverfahren, noch keine Urteile. Es sei daher legitim, dass man die bisherige Vorgehensweise bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils beibehalte.

Die Fortschreibung des schlüssigen Konzepts, die alle 2 Jahre vorgesehen sei, stehe an. Dabei werde man die Einwände der vorliegenden Beschlüsse berücksichtigen.

Das Thema sei seit Jahren bundesweit ein Dauerbrenner.



Protokoll zu TOP 7

05.11.2015

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.